

Er scheint wöchentlich  
einmal: Freitags.  
Anzeigen: Die fünfgehaltene  
Pettizelle 10 Pfg.  
Für die Ortsvereine 10 Pfg.  
Im Abonnement nach  
Uebereinstimmung.  
Schluß der Redaktion:  
Dienstag Mittag.

# Die Woche

Abonnement  
vierteljährlich 1.— Mark  
bei jedem Postamt und in der  
Expedition.  
Eingetragen in der  
Post-Zeitungspreislifte.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O. 55,  
Greifswalderstr. 221/223.

## Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)

Nr. 33

Berlin, den 16. August 1912

23. Jahrg.

Fernsprech - Amt  
Königsplatz, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an E. Bleicher, Greifswalderstr. 221/223,  
Geldsendungen an W. Zille, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren.

Fernsprech - Amt  
Königsplatz, 4720

**Inhaltsverzeichnis.** Die Teuerung. — Wohnungs-  
gesetzgebung in Deutschland. — 7. Bundestag des Reichs-  
bundes deutscher Holzarbeiter in Oesterreich. — Ein ernstes  
Wort zur Agitation in den Ortsvereinen. — Arbeitsschieds-  
gericht und Schlichtungsräte in Norwegen. — Die Deutschen  
Gewerksvereine (S.-D.) im Strom des öffentlichen Lebens. —  
Rundschau: Eine Reichskonferenz liberaler Arbeiter und An-  
gestellter. Von Sachkenntnis nicht getrübt. Wie der Deutsche  
Holzarbeiterverband den alten Hansesitz brach. Zu dem  
Streik in Raguit. Ein bemerkenswertes Urteil über das  
Hausbestherverrecht. Arbeiterwohnungen als Wohlfahrts-  
einrichtung. Kurzschluß durch ein Mäuschen. Die Todes-  
anzeige des Schreinermeisters. — Potentillan. — Aus den  
Ortsvereinen: Berlin. Köln. Fürth i. B. — Lohnbewegung.  
— Berichtung. — Briefkasten. — Versammlungen des  
Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

### Die Teuerung.

Immer noch ist eine Steigung der Preise für  
Lebensbedarfsartikel zu verzeichnen. Dabei zeigt der  
deutsche Arbeitsmarkt ganz betrübliche Schwankungen,  
so daß die Arbeiter gegenwärtig nichts zu lachen haben  
und die Aussichten für die nächste Zukunft nicht ge-  
rade erfreuliche sind.

Ueber die fortschreitende Teuerung berichtet Richard  
Galwer in seiner Wochenschrift für Kapital und Arbeit  
und sagt:

„Der durchschnittliche Rückgang des Kostenauf-  
wandes für die wichtigsten Nahrungs- und Genuss-  
mittel im Mai, an den der deutsche Konsum mancher-  
lei Hoffnungen knüpfte, ist nicht von Dauer gewesen.  
Man durfte annehmen, daß der günstige Saatstand,  
vor allem der Preisrückgang von Futtermitteln, eine  
Ermäßigung der Preise am Markt der Nahrungs-  
mittel herbeiführen werde. Aber gerade die Fleisch-  
preise bekunden Monat für Monat eine scharf steigende  
Tendenz, und keine Anzeichen deuten darauf hin, daß  
diese Steigerung in naher Zukunft ein Ende findet.  
Die Spannung zwischen den Fleischpreisen vom Mai  
und Juni ist so stark, daß die rückläufige Preisbewe-  
gung der vegetabilischen Nahrungsmittel bei weitem  
keinen Ausgleich bot. Berechnet man nach den in  
etwa 190 Städten Deutschlands vorgenommenen Er-  
hebungen über den Stand der Preise für die wichtigsten  
Lebens- und Genussmittel den wöchentlichen Nahrungs-  
mittelaufwand für eine vierköpfige Familie, Eltern  
und zwei Kinder, in der Weise, daß man die dreifache  
Verpflegungsration des deutschen Marinesoldaten zu  
Grunde legt, so erhält man für die einzelnen Monate  
im Reichsdurchschnitt folgende Indizes in Mark:

	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
1911	23,97	24,37	24,65	24,77	24,88	24,64	24,60
1912	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	
	24,69	24,83	25,18	25,74	25,52	25,85	

Vom April zum Mai dieses Jahres war mithin  
eine Abnahme der Haushaltskosten um 0,22 M. be-  
obachtet worden. Der sechste Monat brachte hingegen  
eine Erhöhung um 0,33 M. Seit Januar laufenden  
Jahres ist der durchschnittliche Nahrungsmittelaufwand  
bereits um 1,16 M. gestiegen, und gegen den Kor-  
respondenzmonat des Vorjahres ergibt sich gar eine  
Spannung von 1,88 M. Für das gesamte erste  
Halbjahr 1912 ergibt sich eine durchschnittliche In-  
dexziffer von 25,30 M. Der Lebensmittelaufwand im  
Wochenenddurchschnitt des ersten Semesters 1911 hatte sich  
auf 23,70 M. gestellt. Die Gegenüberstellung der  
beiden letztgenannten Ziffern veranschaulicht vielleicht  
am überzeugendsten, daß die Bezeichnung des laufenden  
Jahres als einer empfindlichen Teuerungzeit auf festem  
Boden steht. Im Berichtsmontat stellten sich die Kosten  
des Nahrungsmittelaufwandes in verschiedenen Landes-  
teilen noch wesentlich höher als im Reichsdurchschnitt.  
Für die wichtigsten von ihnen ergaben sich folgende  
Indexziffern in Mark:

	Juni	1911	1912	Zunahme
Baden	25,94	27,25	1,31	
Elb-Lothringen	25,76	27,11	1,35	
Rheinland	25,93	27,01	1,08	
Thür. Staaten	23,82	26,59	2,77	
Provinz Sachsen	24,62	26,40	1,78	
Brandenburg	23,01	26,26	3,25	

Im Vergleich zum Vorjahre war die Steigerung  
in der Provinz Brandenburg besonders stark. Der  
Nahrungsmittelaufwand stellte sich im Berichtsmontat  
in Groß-Berlin auf 25,88 M., blieb dem Reichsdurch-  
schnitt mithin nahe. Die höchsten Indexziffern unter

allen deutschen Städten wiesen im Juni 1912 Breslau  
mit 29,52 M. und Konstanz mit 29,40 M. auf. Die  
niedrigste Standardziffer wurde für Jasterburg mit  
21,75 M. berechnet. In folgenden Landesteilen waren  
die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes für eine vier-  
köpfige Familie wesentlich niedriger als im Reichs-  
durchschnitt:

	Juni	1911	1912	Zunahme
Sachsen	23,40	25,05	1,65	
Hannover	23,35	24,93	1,58	
Pommern	22,71	24,83	2,12	
Oldenburg	22,50	24,48	1,98	
Preußen	22,25	23,86	1,61	
Westpreußen	21,86	23,52	1,66	

Auch in diesen Landesteilen ist gegen das Vorjahr  
durchweg eine erhebliche Steigerung der Haushalts-  
kosten eingetreten, am empfindlichsten bei Pommern  
mit 2,12 M. Von der allgemeinen Teuerung werden  
am stärksten West- und Süddeutschland betroffen,  
während das Niveau der Lebensmittelpreise im Nord-  
osten relativ niedrig geblieben ist.

Diese bedenklichen Zahlen scheinen allerdings in  
manchen Kreisen keinen Eindruck zu machen, im Gegen-  
teil werden durch Zugang ausländischer billiger Arbeits-  
kräfte die Arbeits- und Lebensbedingungen der deutschen  
Arbeiter noch wesentlich erschwert. Durch diese Zu-  
wanderung ausländischer Arbeiter in Landwirtschaft  
und Industrie wird ganz natürlich ein erheblicher  
Druck auf das Lohnniveau der einheimischen Arbeiter  
ausgeübt, da zunächst das größere Angebot auf dem  
Arbeitsmarkt schon in dieser Weise wirkt, und dann  
sind zum größten Teil diese ausländischen Arbeiter,  
die meistens auch sozial tiefer stehen wie unsere deutschen  
Arbeiter, anspruchslos in diese. Erinnern wir uns  
nur der Ruteilungen in der Tagespresse über das  
schreckliche Grubenunglück in Bochum, wo 118 Berg-  
arbeiter den Tod fanden. Dort hieß es, daß vor-  
nehmlich polnische Arbeiter, die nicht mit der peinlichen  
Vorsicht wie die einheimischen Bergarbeiter tätig sind,  
an diesem schweren Unglücksfall einen Teil der Schuld  
tragen sollen.

Wir wollen diesen Satz nicht in seiner ganzen  
Bedeutung unterstreichen, jedenfalls aber gibt es  
zu denken, wenn beobachtet werden muß, daß die  
Preise für Lebensmittel immer teurer werden, dagegen  
die Möglichkeit der arbeitslosen deutschen Arbeiter, sich  
einen auskömmlichen Verdienst zu verschaffen, durch  
das Ueberfluten ausländischer Arbeitskräfte auf dem  
deutschen Arbeitsmarkt immer schwieriger wird.

### Wohnungsgesetzgebung in Deutschland.

Von Dr. v. Rangoldt, Generalsekretär des Deutschen  
Vereins für Wohnungsreform, Frankfurt a. M.

IV.  
Endlich kämen auch für das Realcreditwesen  
anherbeordentlich wichtige gesetzgeberische Formen in  
Frage, z. B. insbesondere die Einführung einer all-  
gemeinen Zwangsamortisation der jetzigen ungeheuren  
Bodenverschuldung. Es würde dadurch zugleich eine  
regelmäßig fließende Quelle an Baukapital geschaffen  
und andererseits könnte man zur Verstärkung dieser  
Entschuldung vielleicht die Bodenwertsteigerungen der  
zur Ausschließung kommenden Neubezirke mit heran-  
ziehen. Auf alle Fälle aber darf nicht länger an der  
so ungeheurer wichtigen Frage, inwieweit unser Real-  
credithystem schädigende Wirkungen in sich birgt, vorbe-  
gegangen, sondern sie muß endlich einmal gründlich  
amtlich untersucht werden.

Schon im Anfang dieser Ausführungen ist indes  
auf die andern Faktoren hingewiesen worden, die unsere  
Wohnungszustände bedingen: auf die Gewohn-  
heiten und Anschauungen der Menschen in  
bezug auf Wohnung und Siedlung, auf die mate-  
rielle Leistungsfähigkeit und endlich auf  
den selbstverständlichen ungeheuren Einfluß der einmal  
gewordenen und bestehenden Wohnungs-  
verhältnisse. Es kann keinem Zweifel unterliegen,  
daß auch in diesen Beziehungen die Gesetzgebung viel  
zu tun vermöchte. Vor allem würde ja schon die  
umfassende Schaffung neuer besserer Quartiere auf  
Grund der bisher angeführten Maßregeln wirken.  
Der jetzige noch sehr mangelhafte Wohnungskultur der  
Vermehrung wäre aber auch direkt zu heben durch  
allgemeine Einführung der Wohnungsaufsicht,

und es könnten dadurch zugleich nach und nach die  
schlechtesten der bestehenden Wohnungen ausgemerzt  
und die größten Schäden beseitigt werden. Ebenso  
würde durch die Wohnungsaufsicht ein staatliches Ge-  
berück für die Wohnungsreform tätiger und interessier-  
ter Kräfte geschaffen. Weiter, die materielle Leistungs-  
fähigkeit der Bevölkerung für die Wohnungszwecke  
könnte jetzt in unserer Zeit natürlich ebenbürtig wie  
dies früher, z. B. in der Zeit des aufgeklärten Abso-  
lutismus durch die Hohenzollern usw., geschaffen ist,  
durch öffentliche Leistungen wesentlich ergänzt werden,  
z. B. gegenwärtig etwa durch umfassende Bereitstellung  
öffentlicher Baukapitalien zu niedrigem Zinsfuß, durch  
unentgeltliche Beschaffung von Einrichtungen, die die  
Wohnungen zweckmäßig ergänzen, wie Parks und  
Spielplätze, Badeeinrichtungen, Besehellen usw.

Endlich seien noch zwei besondere Punkte der Auf-  
merksamkeit des Gesetzgebers und Staatsmannes emp-  
fohlen. Ein sehr großer Teil der Wohnungsreform  
wird immer den Gemeinden obliegen. Aber mit der  
auf Grund der bestehenden kommunalen Wahlrechte  
gegebenen Machtverteilung in unserer Selbstverwaltung  
wird in großem Umfange geradezu den an der  
Wohnungsreform gegenwärtig interessierten Kräften  
in die Hand gearbeitet. Hier heißt es Abhilfe schaffen,  
und falls man sich nicht gleich zu dem großen Mittel  
einer gründlichen Reform der Gemeinde-  
wahlrechte entschließen kann, so möge man wenig-  
stens die Verstärkung der kommunalpolitischen Macht  
der Grundbesitzer rückgängig machen, die diese jetzt durch  
die Annahme der Grund- und Gebäude-  
steuer auf die für die Kommunalwahlen maßgebenden  
Steuersummen erfahren. Denn gezahlt werden  
diese Spezialsteuern des städtischen Grundbesitzes letzten  
Endes doch von der Mietbevölkerung. Es ist ferner  
eine anerkannte Wahrheit, daß Tat und Beispiel un-  
endlich viel mehr wirken als noch so viele Worte.  
Der Staat müßte sich deshalb ermannen und einen  
ansehnlichen staatlichen Fonds gewissermaßen von  
„Bioniergeldern“ zur Unterstützung der meist  
sehr schwierigen Anfänge der segensreich wirkenden  
Gartenstadt- und ähnlichen Unternehmungen im Lande  
schaffen und ihn einer freien, nicht engherzigen und  
bureaukratischen Verwaltung, vielleicht gebildet aus  
Vertretern einschlägiger Unternehmungen, unterstellen.

Das Vorstehende stellt ein sehr reichhaltiges Pro-  
gramm dar, das die großen Möglichkeiten für die  
staatliche Gesetzgebung und Verwaltung, unsern Woh-  
nungszuständen zu Hilfe zu kommen, beweist. Natürlich  
könnte dieses Programm nicht mit einem Schlage ver-  
wirklicht werden; es bietet Arbeit für länger als ein  
Jahrzehnt. Aber ein gründlicher Anfang wenigstens  
sollte unbedingt jetzt ohne Verzug gemacht werden.  
Vieles und Wichtiges dieses ganzen Programmes hätte  
das Reich direkt auszuführen, wie z. B. die Aus-  
bildung des Erbbaurechts, die Reform des Realcredit-  
wesens, die Entwicklung der Landesversicherungs-  
anstalten usw. Anderes wie z. B. die allgemeine Durch-  
führung der Wohnungsaufsicht und die Reform der  
Bebauungsbestimmungen würde es besser den Einzel-  
staaten nur vorschreiben oder auch nur maßgebend  
bei ihnen anregen. Aber das ist sicher, daß, wenn end-  
lich der unbedingt erforderliche große und einheitliche  
Zug in unsere Wohnungsreform kommen soll, das Reich  
nicht beiseite stehen darf, sondern die Initiative ergreifen  
und selber umfassend tätig werden muß. Die Einzel-  
staaten würden dabei nicht beiseite gedrückt werden,  
sondern nur zu viel zu tun finden.

Als der Deutsche Reichstag am vergangenen 22. Mai  
die eingangs erwähnten Resolutionen zur Wohnungs-  
reform fasste, da war er sich der Bedeutung dieses  
ernsten dringenden Appells an die Reichsregierung  
und der Bedeutung des Wertes, um das es sich handelt,  
wohl bewußt. Auch inhaltlich befindet sich der Reichstag  
mit seinen Resolutionen im großen und ganzen durchaus  
auf dem richtigen Wege. Schon hat im Lande  
eine lebhafteste Bewegung im Anschluß an  
dieses Reichstagsvorgehen eingesetzt, insbesondere hat  
der Deutsche Verein für Wohnungs-  
reform die Initiative zu einer großen zusammen-  
fassenden Aktion in dieser Sache ergriffen.  
Soffen wir, daß nun endlich, endlich dem großen Be-  
dürfnis in einer Weise Rechnung getragen wird, die  
gleicherweise der dringenden sachlichen Notwendigkeit  
wie der Ehre und Würde der Nation entspricht!

(„Soz. Pr.“)

### 7. Bundestag des Reichsbundes deutscher Holzarbeiter in Oesterreich.

In der schönen und gastfreundlichen Elbstadt Bodenbach hielt unsere österreichische Bruderorganisation der Reichsbund deutscher Holzarbeiter am 21. Juli seinen 7. Bundestag ab. Derselbe gab Zeugnis davon, daß der Reichsbund richtig und unaufhaltsam nach vorwärts schreitet und daß die Arbeit von den schönsten Erfolgen begleitet war. Von dem Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter Deutschlands war als Vertreter Kollege Anders (Dresden) erschienen, wodurch das Zusammenwirken mit der reichsdeutschen Organisation die beste Bestätigung fand.

Um 10 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Kollege Steinbeck-Teplitz, die Tagung und begrüßte die Ortsgruppenvertreter, sowie die Leitungsmitglieder. Besonderen Gruß entbot der Vorsitzende dem Vertreter des reichsdeutschen Gewerkschaftsvereins, weiter den Vorsitzenden des Bezirksverbandes Heidler, Bodenbach. Begrüßungsschreiben waren vom deutschen Metallarbeiterverbande, sowie von der Ortsgruppe Aulzig eingelaufen. Kollege Anders-Dresden übermittelte die Grüße des reichsdeutschen Gewerkschaftsvereins und wünscht dem Reichsbunde bestes Gedeihen und erfolgreiches Durchsetzen seiner Ziele. Heidler-Bodenbach wünscht der Tagung erfrischlichen Verlauf und erhofft ein stetes Zusammenwirken aller nationalgesinnten Arbeiter und Organisationen. Nunmehr bringt der Schriftführer, Kollege Schiel, die Verhandlungsschrift des letzten Verbandstages zur Verlesung, welche beifällig aufgenommen und genehmigt wurde. Den Kassabericht erstattete Kollege Tuppelt und gab dieser von dem steten Fortschritt Zeugnis. Namens der Kontrollkommission erstattete Kollege Klein-Brüg den Bericht und ersucht, dem Kassierer Dank und Entlastung auszusprechen, desgleichen dem Gesamtvorstande, was einmütig geschieht. Den Tätigkeitsbericht für das Vereinsjahr 1911-1912 erstattete der Vorsitzende Steinbeck, woraus ersichtlich ist, daß eine harte und zielbewußte Arbeit geleistet wurde. Der Bericht wurde mit vielem Beifall zur Kenntnis genommen und dem Vorsitzenden besonderer Dank ausgesprochen. Die Wochenbeiträge werden in der bisherigen Höhe belassen. In der Unterstützungsordnung treten einige Abänderungen ein. Nach Drücklegung derselben werden diese den Mitgliedsbüchern beigelegt. Ueber Antrag der Ortsgruppe Aulzig wird beschlossen, den Bundestag alle zwei Jahre abzuhalten. Demzufolge findet der nächste erst im Jahre 1914 statt. Ueber Antrag der Ortsgruppe Brüg wird beschlossen ein Verzeichnis herauszugeben, woraus ersichtlich ist, wo die reisenden Kollegen die Unterstützung ausgezahlt erhalten.

Die Entscheidung über den Ort des nächsten Bundestages wurde dem Vorstande überlassen. Unter „Allgemeines“ berichtet der Vorsitzende über den Stand und den weiteren Ausbau der Gewerkschaftspresse, welche einen erfreulichen Aufschwung genommen hat. Ueber Arbeitsvermittlung spricht Kollege Schoft und betont diese, daß diese gewirkt werden müsse, daß bei Schaffung der Zentralstellenvermittlung in Nordwestböhmen, unsere Kollegen besondere Berücksichtigung finden sollen und daß unser Entschluß bei all diesen Vermittlungen einzuhalten sei. Die Hauptleitung hat sich diesbezüglich mit der Stellenvermittlung in Verbindung zu setzen. Ueber die so notwendige Stärkung des Bezirksfonds, sowie über einen regeren Absatz der Bezirkschwarzmarken berichtet Kollege Schiel-Teplitz, welcher auch den Antrag stellt, daß in jeder Monatsversammlung der Ortsgruppe jedes Mitglied 10 Bezirkschwarzmarken zum Verkaufe überreichen soll, wodurch eine sehr baldige Stärkung des Bezirksfonds eintreten wird. Dieser Antrag wurde mit lebhafter Zustimmung angenommen und tritt

dieser Beschluß bereits mit August in Kraft, welcher in allen Ortsgruppen strengstens gehandhabt werden soll. In die Leitung wurde gewählt G. Steinbeck-Teplitz, W. Schoft-Aulzig und J. Klein-Brüg. Außerdem werden noch 10 Kollegen als Beiräte und 5 in die Kontrollkommission gewählt.

Hiermit war die Tagesordnung erledigt und dankte der Vorsitzende allen Vertretern und Leitungsmitgliedern für ihre rege Mitarbeit, durch welche auch weiterhin der wirtschaftliche Fortschritt in unserem Berufe angestrebt und erreicht werden wird. So mögen denn auch auf unsere heutigen Beschlüsse die Tatsachen folgen, wodurch wir wiederum dem Ziele näher kommen. Kollege Anders-Dresden feierte in begeisterter Weise das Zusammenwirken beider Organisationen und gibt dem Wunsche Ausdruck, auf dieser eingeschlagenen Bahn weiter zu wirken, zum Segen der gesamten deutschen Holzarbeiter Oesterreichs und Deutschlands. (Beifälliger Beifall). Hierauf wurde die Tagung um 4 Uhr nachmittags geschlossen.

### Ein ernstes Wort zur Agitation in den Ortsvereinen.

Ueber dieses Thema gibt der Verbandskollege Ingenhosen in der „Westb. Post“ sehr beachtenswerte Fingerzeige, die wir auch unseren Kollegen zum eifrigen Studium empfehlen.

Ueber Mittel und Wege der Agitation ist schon manches Wort geredet und manch guter Artikel geschrieben worden und trotzdem darf diese Frage als wichtigste für unsere Gewerkschaftsorganisation nicht zum Stillstand kommen. Die Ausschußmitglieder, wie auch viele Vertrauensleute der einzelnen Ortsvereine geben sich die erdenklichste Mühe, ihre Mitgliederzahl zu steigern, aber trotz und alledem wird der erhoffte Erfolg nicht immer erreicht.

Obgleich ich die Schwierigkeiten nicht verkenne, die gerade heute den Gewerkschaften bei der Agitation bereitet werden, so glaube ich doch nicht immer, daß die richtigen Wege eingeschlagen werden.

Es gibt ja der Wege soviel, aber in den meisten Fällen wird das Wichtigste außer Acht gelassen und das ist die richtige und planmäßige Organisation in den einzelnen Ortsvereinen.

Bevor wir mit Erfolg agitieren, müssen wir organisieren und zwar in unseren eigenen Reihen, um dadurch die Mitarbeit eines größeren Kollegenkreises in den einzelnen Ortsvereinen zu erreichen. In allen Ortsvereinen sind eifrige und vorwärtsstrebende Kollegen vorhanden, deren ganzes Sinnes- und Trachten auf die Stärkung des eigenen Ortsvereins gerichtet ist, aber dieser Teil der tätigen Kollegen ist nur gering, der größte Teil dagegen kümmert sich sehr wenig um das Wohl und Wehe des eigenen Ortsvereins. Die Kollegen zahlen ihre Beiträge, schimpfen gelegentlich mächtig, wenn sie das Vereinsorgan nicht pünktlich erhalten und glauben damit ihre ganze Pflicht als Gewerkschaftsmitglied erfüllt zu haben. Diese Kategorie der großen Masse, der unaktiven Mitglieder sind es, welche die größte Schuld an dem geringen Fortwärtkommen der Ortsvereine und somit der gesamten Bewegung auf sich laden.

Woran liegt es nun, daß eine so große Anzahl unaktiver Mitglieder in den meisten Ortsvereinen zu finden sind? Die Antwort hierauf ist nicht schwer zu geben, da es meistens an der notwendigen Organisation in den Ortsvereinen fehlt. Die meisten Klagen werden stets erhoben über den schlechten Besuchsbesuch in den Ortsvereinen, aber man versucht m. E. nicht genügend zu ergründen, woran das eigentlich liegt. Ich habe schon manchmal Gelegenheit gehabt, Versammlungen zu besuchen, bei

deren Verlauf ich mich nicht im Geringsten über den schlechten Besuch wunderte. Wenn z. B. eine Versammlung auf Sonntag morgen um 10 1/2 Uhr angesetzt ist und um 11 Uhr ist dann regelmäßig noch keiner vom Vorstand zur Stelle, dann verderben böse Beispiele gute Sitten und die Mitglieder kommen mit der Zeit ebenfalls immer etwas später, da sie sich sagen, der Vorstand ist ja doch noch nicht da. Auf diese Weise werden dann die Versammlungen meistens eine ganze Stunde später eröffnet, als sie angesetzt sind. Diejenigen welche zur festgesetzten Stunde erscheinen, gehen dann vor Beendigung der Versammlungen nach Hause, da sie sich mit Recht sagen: „Der Vorstand soll früher kommen!“ Diejenigen, welche bis zum Schluß der Versammlung ausbleiben, kommen in der Regel spät nach Hause zum Mittagessen, wo dann ein kleiner Disput mit der Frau stattfindet und zwar nicht mit Unrecht, weil doch in sehr vielen Fällen der Arbeiter fast die ganze Woche nicht in der Lage ist, mit seiner Familie das Mittagessen gemeinsam einzunehmen, so daß das Bestreben der Frauen, wenigstens des Sonntags mit der ganzen Familie das Mittagessen einzunehmen, voll und ganz berechtigt ist. Auf diese Weise kann dann den Kollegen der Versammlungsbesuch verleidet werden und eine Erklärung für den schlechten Besuch der Monatsversammlungen ist in manchen Ortsvereinen auf diesen Uebelstand zurückzuführen.

Eine weitere Erklärung des schlechten Versammlungsbesuches ist darin zu finden, daß den Mitgliedern in denselben nicht genügend gehoben wird, da es meist an der notwendigen Vorbereitung der Monatsversammlungen seitens der Ausschüsse mangelt. In solchen Versammlungen lautet die Tagesordnung in der Regel: 1. Protokoll, 2. Kassenbericht, 3. Verschiedenes. Nach Erledigung der ersten beiden Punkte wird dann in Punkt Verschiedenes, in Ermangelung eines anderen Stoffes, meistens irgend ein persönlicher Kleinratich fundenlang durchgelesen, der unsere Sache eher hinderlich als förderlich ist und daß solche Versammlungen für die Mitglieder auf die Dauer keine Interesse ausüben, liegt klar auf der Hand und hierin ist bestimmt eine weitere Erklärung des oft sehr schlechten Versammlungsbesuches gegeben.

Überall dort, wo schlechter Versammlungsbesuch zu verzeichnen ist, müssen die Ausschußmitglieder untersuchen, ob nicht dieselben oder doch ähnliche Mängel, wie die hier gekennzeichneten in ihren Ortsvereinen zu finden sind und sie haben dann schleunigst für Abhilfe Sorge zu tragen. Vor allen Dingen müssen die Ausschußmitglieder selbst pünktlich zur festgesetzten Zeit in den Versammlungen und Sitzungen zur Stelle sein, um bei Zeiten, höchstens 1/4 Stunde später mit der Versammlung beginnen zu können, denn nicht auf die Nachzügler, sondern in erster Linie auf die pünktlich Erschienenen muß Rücksicht genommen werden. Des Weiteren muß der Ausschuß einige Tage vor der Versammlung in einer Sitzung die Tagesordnung festsetzen und bestimmen, wer von den Vorstandsmitgliedern zu den einzelnen Punkten die notwendige Einleitung und Aufklärung gibt. Auch über die im Laufe des Monats eingegangenen Schreiben muß sich der Ausschuß vor der Versammlung genau orientieren, damit er in der Lage ist, dazu die notwendigen Erläuterungen zu geben. Mit dem trockenen und meist noch unvollständigen Vorlesen eines Zirkulars, ist der Versammlung nicht gedient.

Wenn auch nicht in jeder Versammlung ein auswärtiger Redner zu stellen ist, so kann doch mit der notwendigen Vorbereitung eine Versammlung abgehalten werden, welche die Kollegen befriedigt und sie zum ferneren Besuch veranlaßt. (Fortsetzung folgt).

### Die Deutschen Gewerkschaften (Christlich-Deutscher) im Strom des öffentlichen Lebens.

#### Die Laubheit der Gewerkschaftsbewegung und das Entstehen der „christlichen“ Gewerkschaften.

All die Zeitströmungen aber, die, wie geschildert, ungünstig die Entwicklung der Gewerkschaften beeinflussten, konnten in den führenden Gewerkschaften die Ueberzeugung nicht erlöschen, daß sie für eine edle, gerechte Sache tritten. Wer die Reden liest, die der Gründer Dr. Max Girsch hielt, muß sich freuen über den Optimismus, der daraus fließt. Ja dieser starke Optimismus ging später über das Maß des Guten hinaus. Denn er war andererseits auch der Keim einer Krankheit im Organisationskörper der Gewerkschaften, die für die weitere Entwicklung derselben schädlich wurde. Denn als nach dem Fall des Sozialistengesetzes die deutsche Arbeiterbewegung zum neuen Leben erwachte, als man auf der Gegenseite längst dazu übergegangen war, agitationsbestimmte im Lande anzustellen und diese Mitglieder auf Mitglieder hielten, lagen die Gewerkschaften all diesen Dingen mit sorgloser Mühe entgegen. Ja noch auf dem Verbandstag der Deutschen Gewerkschaften im Jahre 1901 gab es Streitigkeiten darüber, ob man im Lande agitationsbestimmte anstellen sollte oder nicht. Die falsche Auffassung in den Leitungen der Gewerkschaften war eine von den eigenen Händen, durch die es die Gewerkschaftsbewegung selbst mit verschuldete. Denn es ist die Hauptursache, weshalb die Gewerkschaftsbewegung nicht so vorwärts kam. Diesen Fehler hat es auch die politische Organisation des Liberalismus mit den Gewerkschaften gemacht und darum ging es den beiden wie dem Mannmann, der im Verlaufe der Jahre sich um seine geschäftliche Empfehlung, seine Propaganda kümmerte, sondern im Vertrauen auf seine gute Ware sich ruhig hinsetzte und sich nicht zu bemühen, bald aber einsehen muß, daß gute Ware nicht für mehrere Jahre noch nicht genügt. Versäufte Gelegenheiten rächen sich auch im Gewerkschaftsleben.

Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes, im Oktober 1900, gründeten die Sozialdemokraten eine neue Organisation unter dem Namen „Sozialdemokratischer Verband Deutschlands“. 1901 wurde auf dem Verbandstag der Sozialdemokraten angenommen, welches mit den Meisten der Gewerkschaften, als „Arbeiter-Verband“ „Produktionsgenossen-

schaften“, aufträumte und im Sinne des Marxismus heute noch die programmatische Grundlage der Sozialdemokratie bildet.

Auch die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung konsolidierte sich. Am 16. November 1890 fand eine Gewerkschaftskonferenz in Berlin statt, die eine gemeinsame Zentrale, die „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ schuf, an deren Spitze der Reichstagsabgeordnete Legien trat und heute noch steht. Ueber den ausgearbeiteten Organisationsplan aber war eine Einigung nicht so leicht zu erzielen, ja der Streit über die Organisationsform führte auf dem 1. Gewerkschaftskongress der freien Gewerkschaften (14. bis 18. März 1892 zu Salberstadt) zu einer Abspaltung eines Teils der Radikalen, die wir als die „Lokalorganisierten“, im anarcho-sozialistischen Jahrgang schwimmend, heute als die „Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ kennen. Sie waren oft Gegenstand einer Auseinandersetzung auf den sozialdemokratischen Parteitag, verlieren aber immer mehr an Bedeutung, während die freien Gewerkschaften von Jahr zu Jahr größere Mitgliedererfolge buchen konnten. Mit der zunehmenden Macht wurden sie auch vor größere Aufgaben gestellt. Andernteils zeugten zahlreiche Terroristensfälle gegen die gewerkschaftlichen Minderheiten, wie man mit der eigenen Stärke Mißbrauch trieb und heute noch nicht selten treibt. Auch manches Mitglied der Gewerkschaften erlag dem terroristischen Druck und ging in der „Masse“ unter, teils um persönliche Ruhe zu erhalten, teils, weil man ihm oft sonst die Verdienstmöglichkeiten nahm. Dem Druck gehorchend, nicht dem eigenen Triebe gehören so viele der sozialdemokratischen Bewegung an.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat dann in den neunziger Jahren eine weitere Zerspaltung erfahren, durch die Gründung der christlichen Gewerkschaften. Hatte man bisher versucht, die Arbeiter möglichst von dem Getriebe der Arbeiterbewegung fernzuhalten, so erwies sich dies nach dem Fall des Sozialistengesetzes nicht mehr als ratsam. Weiße Kreise liegen die konfessionellen Gegensätze fallen, um der sozialistischen Flut einen Damm entgegenzusetzen. Die Neuwahlen zum Reichstage 1893 nach der vorher abgelehnten Militärvorlage brachten der Sozialdemokratie große Wahlerfolge, während das liberale Bürgertum sich wieder spaltete. Im Jahre 1894 tauchten die ersten Keime christlicher Gewerkschaftsgründungen auf. Den ersten christlichen Gewerkschaftskongress konnte man im Mai 1899 in Mainz abhalten. (Fortsetzung folgt.)

### Arbeitschiedsgericht und Schlichtungsrate in Norwegen.

Die Regierung in Norwegen hat im schwedischen Reichstag einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Einrichtung eines Arbeitsgerichts und die Schaffung von Schlichtungsräten bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern einführen will. Das Arbeitsgericht soll besonders über Differenzen aus Tarifverträgen entscheiden, es soll die Richtschnur geben, inwieweit Tarifverträge Geltung haben, wie sie ausgelegt und angewendet werden müssen. Der Vorsitzende dieses Arbeitsgerichts soll ein vom Staat bestellter Richter sein, außerdem sollen in dem Gericht noch je zwei Beisitzer der organisierten Arbeiter und Arbeitgeber sein. Die Kompetenzen des Gerichts sollen ziemlich ausgedehnt sein. Wie jedes andere staatlich eingeführte Gericht, kann nach den gemachten Vorschlägen auch das Arbeitsgericht Zeugen vernehmen und rechtskräftig Urteile fällen. Meistens sollen die gefällten Urteile endgültig sein, und nur in besonderen Fällen wäre eine Berufung an das oberste Landesgericht möglich.

Bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern sollen weiter Schlichtungsrate in Funktion treten. Diese Schlichtungsrate sollen bestehen aus einem Vorsitzenden und aus je einem Beisitzer aus den Reihen der Arbeitgeber und der Arbeiter. Die Schlichtungsrate, die für die einzelnen Bezirke vorgeschlagen werden, sollen innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach ihrer Ernennung zu einer Entscheidung kommen; kommt in dieser Zeit keine Einigung zustande, so soll das Schlichtungsverfahren als gescheitert gelten oder es soll wenigstens die eine der beiden Parteien das Recht haben, auf Beendigung des Schlichtungsverfahrens zu dringen. Neben den Schlichtungsräten soll auch noch ein Schlichtungsgericht eingeführt werden, dessen Vorsitzender der Vorsitzende des Arbeitsgerichts sein soll.

Der Gesetzentwurf will weiter verschiedene Vorschriften einführen, die für Lohn- und Streikbewegungen und für die Organisationen von Arbeitgebern und Arbeitern, wenn sie Gesetz werden, von erheblicher Wichtigkeit sein werden. So wird vorgeschlagen, daß Streitigkeiten aus einem gültigen Tarifvertrag und unter keinen Umständen zu einer Aussperrung oder zu einem Streik Grund geben dürfen; derartige Streitigkeiten müßten stets dem Arbeitsgericht zur rechtsgültigen Entscheidung vorgelegt werden. Von der größten Bedeutung ist aber, daß auch sonst den Streiks und Aussperrungen ein schiedsgerichtliches Verfahren vorangehen soll und nur wenn auch im schiedsgerichtlichen Verfahren keine Einigung erzielt wird, sollen Streiks und Aussperrungen zulässig sein. Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen können mit hohen Geldstrafen belegt werden, wenn diese Bestimmungen nicht eingehalten werden. Besonders hohe Geldstrafen sollen auf den Bruch eines Tarifvertrages gesetzt werden. So können die Arbeitgeberorganisationen bei Bruch von Tarifverträgen bestraft werden mit einer Geldstrafe bis zu 30000 Kronen für jedes einzelne Mitglied und Arbeiterorganisationen bis zu 30 Kronen auf jedes einzelne Mitglied. Dabei sollen die Organisationen für ihre Mitglieder solidarisch haften. Man wird gespannt darauf sein können, in welcher Weise dieser Entwurf erledigt wird.

## Mundschau.

Eine Reichskonferenz liberaler Arbeiter und Angestellter fand als erste ihrer Art am 10. und 11. August in Leipzig statt. Auf diesem historischen Boden für die deutsche Arbeiterbewegung fanden sich über 100 Delegierte in Leipzig zusammen, um darüber zu beraten, wie die freiheitlich und national gesinnten Arbeiter außerhalb der Sozialdemokratie zusammenzufassen seien. Nach einem einleitenden Referat des Arbeitersekretärs Erkelenz, welches mit großem Beifall aufgenommen wurde, fand nachstehende Entschließung einstimmige Annahme:

Die erste Reichskonferenz liberaler Arbeiter und Angestellter in Leipzig hält die Schaffung einer liberalen Arbeiter- und Angestellten Bewegung für eine dringende Notwendigkeit. Sie fordert ihre Freunde in Stadt und Land auf, mehr als bisher für die politische Aufklärung der liberalen Arbeiter im Sinne der Beschlüsse dieser Konferenz zu wirken.

Die liberale Arbeiterbewegung erblickt ihre vornehmlichste Aufgabe in einem unausgesetzten Werben für ein Hand-in-Hand-arbeiten der freiheitlich-nationalen Arbeiterbewegung mit dem freiheitlichen Bürgerum auf politischem und kulturellem Gebiete. Um die Arbeiter und Angestellten für diese Aufgabe zu erziehen, ist eine selbständige liberale Arbeiterbewegung im Rahmen der fortschrittlichen Volkspartei unentbehrlich.

Die liberale Arbeiterbewegung erkennt das Programm der fortschrittlichen Volkspartei als ihr Mindestprogramm an.

Sie wird innerhalb dieser Partei mit besonderer Anstrengung arbeiten:

1. Für den freiheitlichen Ausbau aller öffentlichen Einrichtungen in Reich, Staat und Gemeinde, wie für die politische Gleichberechtigung aller Erwachsenen. Im Anbegriff seiner Laufbahn soll jeder Mensch die gleiche Möglichkeit der Entwicklung haben.

2. Für die Schaffung eines sozialen Arbeitsrechts durch Umwandlung des Arbeitsverhältnisses aus einem Gewaltsverhältnis in ein Rechtsverhältnis. Die wichtigste Pflicht jedes Gewerbes ist die Erhaltung und Kräftigung einer leistungsfähigen Arbeitergenossenschaft.

3. Für die Erkenntnis des engen Zusammenhanges der sozialen Frage in den städtischen Gewerben mit der auf dem Lande. Dementsprechend: Kampf gegen den Großgrundbesitz, für eine großzügige Landkolonisation.

4. Für einen lebenskräftigen Sozialismus, der alle Klassen der Nationen verbindet, gegen einen geistlosen Materialismus, der im Menschen nur eine Maschine sieht.

Wir werden über die Konferenz, die von großer Begeisterung getragen war, in der nächsten Nummer weiter berichten.

Von Sachkenntnis nicht getrübt dürfte die Eibinger Handelskammer gewesen sein, als sie auf eine Anfrage des deutschen Handelslages über den Schutz der Arbeitswilligen folgende Antwort gab:

„Die Sorge für einen wirksamen Arbeitswilligen-Schutz sei die wichtigste Aufgabe unserer Zeit. Die Kammer verlangt, daß die staatlichen Organe in weit größerem Maße als bisher auf Grund der bestehenden Vorschriften ihren Pflichten zur Verhütung von Exzessen nachkommen und unnachlässig alle Delikte, die an Arbeitswilligen begangen werden, einer möglichst sofortigen Bestrafung zuführen. Das Koalitionsrecht arte vielfach in einen Koalitionszwang aus. Jedenfalls könne von einer Sicherung des Rechts des einzelnen, auch bei Streiks seine Arbeitskraft zu verwenden, wie es ihm beliebt, heute nicht mehr die Rede sein. Es müßten daher Bestimmungen erlassen werden, welche die Möglichkeit nehmen, den Willen Arbeitswilliger zu beeinflussen, wie das z. B. durch das Streikpostenfeschen erfolgt. Bei der Abfassung solcher Vorschriften sei zu beachten, daß auf den Willen der Arbeitswilligen die Bergesgenwartung nicht nur der während des Streiks drohenden Gefahren, sondern auch der Drangsalierungen nach Wiedereinstellung der Arbeiter einwirk, die nicht nur in strafbaren Handlungen, sondern in dauernden Schikanen und Belästigungen bestehen. Die Quelle der Streikausbreitungen sei die planmäßige Verhexion durch gewerksmäßige Agitatoren. Zu fordern sei daher weiter eine Bestimmung, die ein Einschreiten gegen jeden ermöglicht, der Arbeitermassen aufwiegelt und in einer die Tatsachen verdröhnenden Weise erregt. Schließlich sei auch eine energische Haltung der Arbeitgeber und tatkräftiges Einschreiten derselben zu Gunsten der arbeitswilligen Arbeiter eine vorzügliche Belämpfung des Streiks und ihrer unseligen Folgen. Die Arbeitgeber dürften sich nie in Verhandlungen mit den gewerksmäßigen Agitatoren, die sich als Vertreter der streikenden Arbeiter ausgeben, einlassen.“

Wenn auch nicht zu leugnen ist, daß verschiedenliche Ausschreitungen vorgekommen sind, so ist doch das was die Handelskammer sagt, weit über das Ziel hinausgeschossen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften ersehen aber auch hier wieder, wie prächtig weit es die Herren Genossen mit ihrer Unbuddsamkeit bringen. Die Unkenrufe nach einem Zuchthausgesetz werden immer zahlreicher, und die Arbeiter haben alle Ursache, sich vorzusehen.

Wie der Deutsche Holzarbeiterverband den alten Hansestolz brach! In regelmäßigen Zeitabständen geht ein Washzettel aus dem Bureau des Holzarbeiterverbandes durch die sozialdemokratische Presse, in welchem in prahlerischer Weise die Leistungen des Verbandes dargestellt werden. Daß es dabei mit der Wahrheit nicht sehr genau genommen wird, ist bekannt. So wird in der „Dresdener Volkszeitung“ vom 1. August 1912 in einem solchen Washzettel unter anderem gesagt:

„Der große Hamburger Kampf, der den dortigen Schwarzmaern und ihren Hinterrännern, den Grobheisen- und Werfleuten, endlich den alten Hansestolz brach, der den Arbeiter nicht mitreden lassen will, kostete 1379000 M. Er endigte mit einem vollen Sieg der Arbeiter.“

Um was es sich bei diesem Kampf handelte, wird der staunenden Mitwelt nicht gesagt, sondern es wird so getan, als ob es sich um einen Kampf zur Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter gehandelt hätte. Wie liegt nun die Geschichte? In Hamburg hat der Holzarbeiterverband nahezu 1 1/2 Millionen Mark verpulvert, nur um den obligatorisch paritätischen Nachweis zu bekommen. Es handelte sich also nicht um eine Besserstellung der Arbeiter, sondern um eine Machtsfrage. Nachdem es zu einer Einigung mit den Holzindustriellen gekommen war, die an dem 33 wöchentlichen Kampf beteiligten Arbeiter ausgehungen und 1 1/2 Millionen Mark der gesamten Arbeitergroßen des Reichs wegen verpulvert waren, setzten sich die Verbandsstrategen auf die Hosen und schreiben: Wir haben den Hansestolz der Grobheisen- und Werfleute gebrochen! O, diese Großsprecher! Man darf sich nur einmal den Vertrag der Hamburger Arbeiter mit den Werften ansehen, um zu erkennen, zu welcher erbärmlichen Bedingungen die Arbeit seinerzeit aufgenommen werden mußte. So haben es diese Prahlhänse aber immer gemacht. In der letzten Nummer der „Holzarbeiterzeitung“ werden schon Fabrikdirektoren und Schwarzmaersekretäre als Kronzeugen für die Tüchtigkeit der Genossenschaftler aufgerufen. Das ist ein sehr bedenkliches Zeichen, und Bedel's Warnungsruf an die sozialdemokratischen Arbeiter: „Arbeiter, mißtrauet euren Jähzorn!“ scheint angebracht zu sein.

Zu dem Streik in Raguit berichtet die „Zillfiter Allgemeine Zeitung“, daß in Raguit wieder Ruhe eingetreten ist. Die 1. Kompagnie des Zillfiter Infanterie-Regiments Nr. 41 ist wieder in die Garnison abgerückt, wogegen die 2. Kompagnie noch einige Tage dort verblieb. Soweit man aus den sich noch immer widersprechenden Mitteilungen ersehen kann, hat die Firma durch Ablehnung der Alfordpreisregelung den Streik hervorgerufen. Während die „Solz arbetezeitung“ den erschossenen Strolach als unschuldig hinstellt, erklärt die „Z. A. Ztg.“ nach den ihr gemordenen Informationen nicht daran glauben zu können. Es werden also die gerichtlichen Verhandlungen abgewartet werden müssen, um Klarheit zu erlangen.

Ein bemerkenswertes Urteil über das Hausbesthervorrecht fällt die Sächsische Regierung in der Begründung eines Gesetzentwurfs über die Aenderung der revidierten Landgemeindefordnung. Die Regierung weist die Angriffe auf das Hausbesthervorrecht zurück und führt dann fort: „Es mag zugegeben werden, daß sich die Vertreter der Anfassigen, die damit ihre Besitzrechte und Besitzinteressen zu verteidigen glauben, gewissen Reformbestrebungen gegenüber zuweilen zögernder und bedenklicher verhalten als die übrigen Bevölkerungsteile und für zeitgemäße Neuerungen, z. B. auf dem Gebiete des Wohnungswesens oder auf sozialpolitischem Gebiete, selbst wenn es sich um anderwärts bewährte und von der Regierung dringend empfohlene Einrichtungen, wie Arbeitsnachweis, Rechtsauskunftstellen u. dgl. handelt, nicht immer leicht zu haben sind.“

So urteilt eine Regierung, die das Hausbesthervorrecht noch stützen will. Wir aber sagen: Ein solches Urteil ist eine Verurteilung!

Arbeiterwohnungen als Wohlfahrtsanrichtung. Anlässlich der Lohnbewegung der Textilarbeiter in Augsburg schloß sich ein Mitglied des gelben Werkvereins den Streikenden an. Er war Vater von sieben Kindern und schon mehrere Jahre in der großen Baumwollspinn- und Weberei tätig. Dem Manne wurde nicht nur sofort die Wohnung gekündigt, — er wohnte in einem der vielen von der Fabrik zur Verfügung gestellten Arbeiterwohnhäuser — sondern der gelbe Konsumverein verweigerte ihm auch den Kredit, obwohl er am letzten Zahltag seinen ganzen Lohn dortgelassen, um die angekauften Schulden restlos zu begleichen. Der Mann wurde also, weil er seinen Mitarbeitern nicht in den Rücken fallen wollte, nicht bloß obdachlos gemacht, sondern er sollte auch mit seiner Familie dem Hunger ausgeliefert werden!

Kurzschluß durch ein Mäuschen. Durch einen merkwürdigen Umstand kam es auf dem Hesper Eisen- und Stahlwerke zu einer großen Betriebsstörung. Beim Anlassen eines kleinen fünfzähligen Rotors explodierte plötzlich mit lautem Knall der Delanlasser. Infolgedessen entstand Kurzschluß; sämtliche Motoren des Werkes blieben stehen, desgleichen auch sämtliche Gasmaschinen und die große Dampfturbine mit 15000 Pferdekraften, die zur Erzeugung des elektrischen Stromes dienen. Die Folge war, daß sämtliche Hochöfen vorübergehend stillgesetzt werden mußten. Binnen kurzer Zeit war die Störung beseitigt. Beim Auseinandernehmen des kleinen Rotors stellte sich nun heraus, daß eine Maus die Ursache der Störung gewesen war, die das ganze gewaltige Werk für kurze Zeit stillgesetzt hatte. Die Maus war während des Stillstehens des kleinen Rotors in das Gehäuse hineingetroffen; als der Rotor angefahren wurde, hatte sich das Tier vor den sich drehenden Teilen in die äußerste Ecke gedrückt, dabei kam die Maus mit der Schnauze und dem Hinterkörper den stromführenden Teilen zu nahe und verursachte so durch ihren Körper Kurzschluß.

Die Todesanzeige des Schreinermeisters. Ein Kaufmann, der in allem, was er tat, sehr pünktlich war, gab eines Tages einem Schreinermeister einen Auftrag zu irgend einer Arbeit. Da er wußte, daß der Mann etwas nachlässig war und oft etwas versprach, aber sein Wort nicht hielt, fragte er ihn: „Wann werden Sie damit fertig sein?“ „Wenn ich noch am Leben bin, sollen Sie es nächsten Donnerstag haben,“ antwortete der Schreinermeister. Der Donnerstag kam und verspricht ohne die versprochene Arbeit. Gegen Abend begab sich der Kaufmann in die Zeitungsredaktion und gab ein Inserat über den Tod des Meisters auf. Dieses wurde anstandslos angenommen, da der Kaufmann dem Verleger der Zeitung bekannt war. Als der Schreinermeister am folgenden Morgen die Zeitung zur Hand nahm, war er nicht wenig erstaunt, seine Todesanzeige darin zu finden, und lief spornstreichs zu dem Zeitungsverleger, um sich Aufklärung zu erbitten. Man wies ihn an den Kaufmann, der bei seinem Anblick einiges Erstaunen ausdrückte; dann sagte er: „Sie haben mir doch feierlich die Arbeit bis Donnerstag versprochen, wenn Sie noch am Leben wären, und da die Arbeit nicht kam, mußte ich annehmen, daß Sie gestorben seien.“

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 33. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig

